Kriegsauszeichnung. Sanl. Fritz Schöniger von hier, Karolastraße 4, erhielt das Eiserne Kreuz 2. Kl.

Lebensmittel am Sonnabend: Fleisch und voraussichtlich polnische Butter.

Rechte und Pflichten der Frauen und Mädchen. Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das beschert, wofür die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat und das auch auf dem Programm der liberalen Parteien stand: das aktive und passive Wahlrecht für Reichs-, Staats- und Gemeindevertreter. Die überall sowohl für das Reich als auch für den Staat und für die Gemeinde in den allernächsten Wochen stattfindenden Wahlen bringen es mit sich, daß die Frauen und Mädchen sofort von dem neuempfangenen Recht Gebrauch machen können, oder besser gesagt, daß sie sogleich Gelegenheit haben, die ihnen auferlegte Pflicht, zu wählen, auch voll und ganz zu erfüllen. Die Mehrzahl aller Frauen und Mädchen wird sich nun schnell, um überhaupt wählen zu können, erst eine politische Uebersicht verschaffen müssen. Eine eingehende politische Aufklärung für die demnächst erfolgenden Wahlen ist natürlich unmöglich, aber die von den verschiedenen Parteien veranstalteten Vorträge und Versammlungen bieten Gelegenheit, sich einigermaßen zu orientieren. Deshalb ist es notwendig, daß die politischen Versammlungen auch von Frauen und Mädchen stark besucht werden. Heute Abend findet nun im Bürgergartensaal eine besondere Frauenversammlung statt, in welcher Herr Schriftsteller Fuhrmann einen Vortrag über „Die Frau in der Politik" halten wird. Wir zweifeln nicht, daß der Saal überfüllt sein wird. Es ist deshalb zu empfehlen, sich rechtzeitig einzufinden.

m. **Hausväterversammlung von St. Nikolai.** Die gestern Abend abgehaltene Hausväterversammlung legte durch ihren guten Besuch Zeugnis davon ab, wie tief die von der neuen Regierung angekündigte Trennung von Kirche und Staat die Gemüter beschäftigt und erregt. Nach kurzer Begrüßung durch Herrn Pfarrer Leßmüller, in der er der anwesenden Feldgrauen besonders gedachte, gab Herr Pastor Oertel ein Referat über die Trennung von Kirche und Staat. Er sprach über die geschichtliche Entwicklung der Verbindung von Kirche und Staat, schilderte die Folgen einer Trennung beider und berichtete über den gegenwärtigen Stand in dieser Frage, über die bisherigen Maßnahmen der Regierung und die getanen Schritte seitens der Kirche. An den Punkt: Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule schloß sich eine längere Aussprache. Die Versammlung sprach sich einstimmig dahin aus, daß die Entscheidung über Trennung von Kirche und Staat nicht von der kleinen Gruppe der gegenwärtigen Gewalthaber getroffen werden dürfe, sondern der baldigst zu berufenden Nationalversammlung zu überlassen sei. Sie protestiere weiter einstimmig gegen die rechtswidrige Verminderung der Religionsstunden und den Fortfall des Katechismusunterrichtes, wie solche vom gegenwärtigen Kultusministerium für die sächsischen Schulen ab 1. Januar 1919 angeordnet worden sind. Angesichts der großen Aufgaben der Kirche wies Pfarrer Leßmüller auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer lebendigen kirchlichen Helferorganisation hin und bat die Versammlung, sich zahlreich zur Verfügung zu stellen. Mit herzlichen Segenswünschen fürs Weihnachtsfest schloß er die anregende Versammlung.

Anreiz zur Wohnungs-Bautätigkeit. Wenn auch ein Wohnungsmangel in unserer Stadt zur Zeit noch nicht besonders fühlbar ist, so wird er doch in allernächster Zeit eintreten, wenn einmal alle Heeresangehörigen zurück sind und die Kriegsgetrauten sich ihren Hausstand gründen werden. Seit 1914 ruht die Bautätigkeit vollständig. Es ist erklärlich, daß deshalb Wohnungen in ausreichender Zahl nicht vorhanden sein werden. Aber wer soll Lust verspüren, in jetziger Zeit bei den hohen Löhnen und der Teuerung der Baumaterialien zu bauen? Diese Frage hat sich die Reichsregierung schon längst vorgelegt, und sie ist deshalb zu dem Entschluß gekommen, Erleichterungen zur Belebung der Baulust dergestalt zu schaffen, daß sie diejenigen Baukosten, die über die normale Höhe hinaus gehen, unter Mitwirkung von Staat und Gemeinde auf die Schultern der Allgemeinheit übernimmt. Das Reich erklärt sich bereit, die Mehrkosten zur Hälfte zu übernehmen, vorausgesetzt, wenn der Staat ein Viertel und die Gemeinde das letzte Viertel aus ihren Mitteln aufbringen. Diese Vergütigung wird sowohl in erster Linie Gemeinden selbst sowie auch gemeinnützigen Baugesellschaften und schließlich auch Privatbauunternehmern gewährt, selbstverständlich unter allerhand Bedingungen, die eine Bereicherung der Häuserbauer ausschließen. Den Gemeinden ist es gestattet, ihren Beitrag dadurch aufzubringen, daß sie Bauland mit entsprechender Preisermäßigung oder auch kostenlos den Bauenden zur Verfügung stellen. In der gestrigen Sitzung der hiesigen städtischen Körperschaften ist nun beschlossen worden, daß auch die Stadt Aue von der Gelegenheit, auf die geschilderte Art die Baulust zu fördern, Gebrauch macht, und es wurde zu diesem Zwecke ein Berechnungsgeld von 100 000 Mark bewilligt. Wir empfehlen allen, die sich mit Bauabsichten tragen, sich sogleich mit dem Rat in Verbindung zu setzen, damit sie sich über die näheren Bedingungen und Bestimmungen orientieren. Man darf hoffen, daß infolge der Erleichterungen bereits im zeitigen Frühjahr das Bauen auch in unserer Stadt wieder einsetzt, das, wie überall auf, das Erwerbsleben auch in unserer Stadt befruchtend einwirken wird.

l. **Zur Umsatzsteuer.** Wie man bisher den Warenumsatzstempel entweder nach Zahlungen (wirklich eingegangenes Geld) oder nach Lieferungen entrichten konnte, so läßt auch das neue Umsatzsteuergesetz die Wahl, entweder nach den vereinnahmten Entgelten oder nach den bewirkten Leistungen zu steuern. Die letztere Versteuerungsart setzt voraus, daß es sich um Großbetriebe mit einwandfreier Buchführung handelt, und daß die Oberbehörde diesen Versteuerungsmodus genehmigt hat. Firmen, die bisher nach Lieferungen bezw. Leistungen ihren Umsatz versteuert haben und die Umsatzsteuer künftig auf dieselbe Art entrichten wollen, müssen deshalb schleunigst um Genehmigung hierzu beim Umsatzsteueramte nachsuchen.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen.

Konzert in der Friedenskirche. Ein seltener musikalischer Genuß steht uns bevor: am Sonntag den 15. ds. Mts., abends ½8 Uhr, wird in der Friedenskirche Aue-Zelle das berühmte Leipziger Soloquartett unter Professor Röthig ein Konzert geben, dessen Vortragsfolge völlig auf die Advents- (Weihnachts-) Zeit abgestimmt ist. Es kommen auserlesene Chöre aus dem 15. bis 18. Jahrhundert und daneben auch moderne Kompositionen zu Gehör. Bei der Meisterschaft, mit welcher gerade das Leipziger Soloquartett solche Gesänge wiederzugeben vermag, wird man mit einer Stunde der edelsten Erbauung rechnen dürfen. Man versäume daher nicht, das Konzert zu besuchen, da die Leipziger sehr selten Gäste bei uns sind.

* * *

Freiberg, 11. Dezember. Der Soldatenrat der Garnison Freiberg und Umgegend nahm folgende Entschließung an: Der Soldatenrat lehnt mit aller Entschiedenheit die Politik der Spartakusgruppe und ihres hiesigen Organs, „Die rote Fahne", ab, weil diese nur geeignet ist, die sozialistische Republik zu diskreditieren und den ruhigen Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsform zu erschweren.

Angestelltenversammlung in Aue.

a. Die Lage der Angestellten während der wirtschaftlichen Uebergangszeit zählt mit zu den schwierigen Problemen, welche die auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängte Demobilisation unserer Heere hervorgebracht hat. Hunderttausende von Angestellten fluten mit den Armeen in die Heimat zurück, wo es für sie gilt, möglichst ohne jedweden Zeitverlust in eine Stellung einzurücken, die ihnen bei Erfüllung der auferlegten Pflichten Gewähr für ihr Fortkommen bietet. Welche Schwierigkeiten das verursacht, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige ungünstige, allgemein-wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber, liegt klar auf der Hand. Um den interessierten Kreisen darüber Aufklärung zu geben, hatte der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Aue, für gestern, Donnerstagabend, eine Angestellten-Versammlung nach dem Saale des Hotels „Stadtpark" einberufen, die von den Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, Kontor- und Verkaufspersonal unserer Stadt sehr gut besucht war. In der Zahl der Besucher hielt das weibliche Geschlecht dem männlichen gegenüber zum mindesten das Gleichgewicht. Die anderen Gehilfenverbände, die in Aue bestehen, waren sämtlich durch einige ihrer Mitglieder vertreten.

Der Vorsitzende des einberufenden hiesigen Bezirksverbandes, Herr Otto Vogel, eröffnete die Versammlung mit einem Willkommensgruß und erteilte das Wort dem Referenten des Abends, Herrn Georg Landgraf aus Chemnitz, zu seinem Vortrag mit dem Thema:

Wie wird sich die Lage der Angestellten während der Uebergangswirtschaft gestalten? — Was ist zu tun?

Redner schilderte eingangs seiner Ausführungen die Schrecken des Weltkrieges, dessen Folge in Deutschland die Revolution war, welche die alten Mächte gestürzt und die A- und S.-Räte gebracht hat. Diese aber werden wieder zur Einstellung ihrer Tätigkeit kommen müssen, weil unsere Feinde sie nicht anerkennen wollen. Es gilt jetzt für die deutsche Arbeiterschaft, und zu dieser zählen auch die Angestellten, den Bolschewismus zu ersticken, der dem Frieden noch im Wege steht, und die Nationalversammlung einzuberufen. Denn bekommen wir nicht bald den Frieden, dann gehen wir einer schrecklichen Zeit entgegen; in wenigen Wochen steht Deutschland vor der Katastrophe einer furchtbaren Hungersnot. Um das zu vermeiden ist es notwendig, in kürzester Zeit den Frieden zu sichern. Aber auch dann noch bildet die wirtschaftliche Uebergangszeit für alle Arbeiter eine schreckliche Zeit, weil es auch an Kohlen und Rohstoffen fehlt. Es sind zehn Milliarden erforderlich für die Beschaffung der nötigen Rohstoffe und sechs Milliarden für Lebensmittel.

Nachdem uns so viele Menschenleben im Kriege vernichtet worden sind, ist es nötig, jetzt jedes Menschenleben zu schonen. Deshalb verlangen wir höhere Löhnung bei kürzerer Arbeitszeit, um die Kraft der Arbeiter zu erhalten. Wir haben jetzt den Achtstundentag, die Arbeitszeit muß aber noch mehr verkürzt werden. Wir verlangen ferner den 6-Uhr-Ladenschluß, einen arbeitslosen halben Tag in der Woche, völlige Sonntagsruhe, große Reichsunterstützung der Arbeitslosen. Jetzt ist es an der Zeit, diese Forderungen durchzudrücken, bei Kriegsbeginn war es nicht möglich, bei Kriegsschluß darf das nun nicht versäumt werden. Die Jahre des Krieges waren für die Angestellten Jahre der Not, der größten Entbehrung, denn sie stehen zum großen Teil schlechter als die Industriearbeiter. Um eine Besserung der Lage der Angestellten herbeizuführen, gehört ein fester Zusammenschluß derselben in der Organisation, ohne die große Zersplitterung, die jetzt besteht. Lehrer, Techniker, Buchdrucker, Metallarbeiter, sie alle konnten sich dank ihrer Organisation während des Krieges Lohn- und Teuerungszulagen sichern, während das die Angestellten im Handel nicht immer vermochten. Der Angestellte muß auf Besserung seiner Lage besonders bedacht sein, weil er nicht Mitbesitzer der Kapitalsgüter ist; infolgedessen hat er während des Krieges unter den Ernährungsverhältnissen besonders schwer leiden müssen; Krankheit in erschreckendem Umfange unter den Angestellten ist davon die Folge. Das einzige Vermögen aber, über das der Angestellte verfügt, ist seine Arbeitskraft, die er sich erhalten muß. Und wenn ihm das bisher nicht immer gelungen ist, so liegt das zum großen Teile daran, daß er seinen Wert und seine Macht nicht erkannt hat. Daß dies endlich geschehe, ist es jetzt die höchste Zeit. Dann werden auch in Kürze die weiteren erstrebenswerten, kulturellen Fortschritte errungen werden.

Redner legte dann die Ziele und bisherigen Erfolge des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen auseinander und fand für seine einstündigen Darlegungen lebhaften Beifall. Nach kurzer Pause wurde die Aussprache eröffnet. Es meldete sich niemand zu Worte, weshalb der Vorsitzende die Aufforderung ergehen ließ zu zahlreichem Beitritt zum Verbande. Darnach erfolgten aus der Versammlung heraus verschiedene Ausführungen über die Verhältnisse von Privatbeamten und Arbeitern, über die Frauenarbeit, Bevorzugung der Angestellten mit Einjährigen-Zeugnis, Gewährung von Ferien durch die Arbeitgeber usw. Der Referent erwiderte darauf in einem Schlußwort, nachdem eine Teilnehmerin an der Versammlung bereits in beredten Worten das Recht der Frau auf Erwerb verteidigt hatte. Die Versammlung hatte damit ihr Ende erreicht.

Letzte Drahtnachrichten.

Fehrenbachs Umtriebe zur Einberufung des Reichstags.

Berlin, 12. Dezbr. In einem von dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach an die Reichstagsabgeordneten gerichteten Schreiben wird unter Hinweis auf die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde, die dahin lauten, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen, da die Not der Zeit weiteres Zuwarten verbiete, auch ohne Zustimmung der Regierung der Reichstag vorbehaltlich der Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung sofort einberufen. Dieses Schreiben ist auch dem Rate der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Fehrenbach hierauf antwortete, daß die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspreche, jeder Begründung entbehrt. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben. (Der Schritt Fehrenbachs wird von einem großen Teil der Berliner Presse scharf verurteilt.)

Rheinisch-westfälische Drohungen.

Hamm i. W., 11. Dezbr. Die Provinzialvertretung der westfälischen Zentrumspartei hat eine Entschließung über die von Köln angeregte Frage der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik angenommen, in welcher betont wird, daß die jetzigen Organe in Berlin bisher nicht imstande waren, Ordnung und Sicherheit im Reiche wiederherzustellen, und daß die von den Leitern des preußischen Kultusministeriums bei Beginn ihrer Tätigkeit angekündigten, der gesetzlichen Grundlage entbehrenden Anordnungen auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens die heiligsten Gefühle der Anhänger der christlichen Kirche verletzten. Die Frage an sich sei noch nicht spruchreif. Es könnten indessen Verhältnisse eintreten, welche die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik wünschenswert machen, dann müssen aber möglichst alle Parteien herangezogen werden. Die Provinzialvertretung verlangt die unverzügliche Wahl zur Reichsnationalversammlung und zur preußischen Landesvertretung. Bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung sei der bestehende Reichstag, die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes, ohne Verzug einzuberufen. Sollte die Regierung nicht in kürzester Frist die Herbeiführung geordneter und gesetzlicher Zustände im Reiche und in Preußen bewirken, so würde die Volksbewegung in starkem Maße wachsen und zur Gründung einer westlichen Republik als deutscher Bundesstaat führen.

An die Adresse Wilsons.

Berlin, 12. Dezbr. Zum heutigen Eintreffen Wilsons in Paris schreibt die Morgenpost: Niemals, seit die Welt besteht, hat auf den Schultern eines Mannes eine schwerere, niemals aber auch eine ruhmvollere Aufgabe gelegen. An Wilson wird es liegen, seinen Grundsätzen für eine Neuordnung der Welt auch bei seinen in Sieges- und Machtrausch einherstaumelnden Bundesgenossen Geltung zu verschaffen. Jetzt wird sich erweisen, ob sein Wille so stark ist, wie die Kraft seiner Ideen. Dann könnte er der Retter werden für die in Fieberschauern erschütterte Welt.

Englands Weltherrschaft.

Rotterdam, 11. Dezbr. Nach Nieuwe Rotterdamsche Courant sagt der Pariser Korrespondent der Daily News, Robert Dell, in einem Briefe, ob Lloyd George sich eigentlich seine erstaunlichen Aeußerungen überlegt habe. Er habe erstens gesagt, daß die Dienstpflicht ganz von den Friedensbedingungen abhänge, was besagen will, daß England sie beibehalten will, wenn die anderen Länder nicht zustimmen, sie aufzugeben; zweitens daß er von allen Ländern fordern würde, ihre Dienstpflicht aufzugeben, daß aber England selbst nicht die Absicht habe, seine Flotte aufzugeben. Wir werden, sagt der Korrespondent, vielleicht imstande sein, unsere früheren Feinde dazu zu zwingen, die Dienstpflicht fallen zu lassen, kann aber jemand mit gesundem Verstand annehmen, daß unsere Verbündeten zustimmen werden, ihre Armeen aufzugeben, während wir unsere Flotte behalten? Dieser naive Vorschlag bedeutet einfach, daß jedes Land, mit Ausnahme von Großbritannien, abrüsten solle. Der Vorschlag würde uns zu Herren der Welt machen, wenn die Vereinigten Staaten es nicht für gut halten, uns unsere Oberherrschaft streitig zu machen, was sie wahrscheinlich tun würden. In diesem Falle würden wir einem ruinösen Wettbewerb im Schiffsbau die Stirn bieten müssen und es würden die Rüstungslasten schwerer werden als je.

Rotterdam, 12. Dezbr. Westminster Gazette schreibt: Die Leute, die ihren Wählern erklären, daß sie in dem neuen Parlament für die sofortige Aufhebung der Dienstpflicht stimmen werden, und ihnen versprechen, daß Deutschland gezwungen werden wird, alle Rechnungen der Alliierten bis zum letzten Cent zu bezahlen, sind wertlose Demagogen. Ihre Politik würde eine militärische Besetzung Deutschlands auf viele Generationen hinaus und die Beibehaltung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit erfordern.

Französische Barbarei.

Berlin, 12. Dezbr. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von altdeutschen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Blockadeerleichterungen in der Ostsee.

Berlin, 11. Dezbr. Wie der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Bremen berichtet wird, ist auf Anfrage von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt worden, daß die deutschen und schwedischen Vorstellungen eine Erleichterung der englischen Blockade in der Ostsee erwirkt haben. Die deutsche Ausfuhr von Kohlen, Kali und Salz nach Schweden wurde darnach zugelassen. Wegen anderer Exporte von und nach Schweden solle das System der Gesetzscheine eingeführt werden.

Unberechtigte Inhaftnahme.

Essen a. Ruhr, 12. Dezbr. Auf eine von der Firma Krupp eingereichte Beschwerde über die Inhaftnahme eines Mitgliedes des Kruppschen Direktoriums ist folgende Antwort eingegangen: Die Inhaftnahme als Geisel müssen wir aufs schärfste verurteilen. Arbeiter- und Soldatenrat ist um Bericht ersucht. Reichsregierung: Ebert.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier.

Trier, 13. Dezbr. Marschall Foch ist gestern mittag mit etwa 40 Herren auf dem hiesigen Hauptbahnhof angekommen. Er fuhr sodann in das Hotel zur Post, wo die deutsche Waffenstillstandskommission wohnt. Nachmittags kehrte der Marschall nach dem Bahnhof zurück. Wie die Landeszeitung meldet, ist auch der amerikanische General Pershing hier angekommen.

SLUB
Wir führen Wissen.